



Offener Brief an den  
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft  
Herrn Christian Schmidt  
Postfach 14 02 70  
53107 Bonn

Hamburg, 31. Juli 2014

### **Verfahren zur Neubewertung des Wirkstoffs Glyphosat**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die EU-Genehmigung für Glyphosat, den weltweit meistverkauften Pestizid-Wirkstoff, läuft Ende 2015 aus.

Bei der laufenden Neubewertung des Wirkstoffs hat Deutschland eine große Verantwortung. Als berichterstattender Mitgliedstaat ist Deutschland für die Bewertung der durch die Industrie eingereichten Studien und der von Dritten eingereichten unabhängigen Studien sowie für die Erstellung des Prüfberichts verantwortlich. Die zuständigen Bundesbehörden haben unter Federführung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) den Antrag auf Neuzulassung von Glyphosat geprüft und ihren Bewertungsbericht erstellt. Die Behörden urteilen darin, dass Glyphosat nicht humantoxisch sei, und empfehlen eine Verlängerung der EU-weiten Zulassung des umstrittenen herbiziden Wirkstoffes.

Die behördliche Entwarnung basiert fast ausschließlich auf den Ergebnissen für das Genehmigungs-Verfahren eingereichter, aber öffentlich nicht zugänglicher Studien der Pflanzenschutzmittelhersteller. In einigen dieser Studien gibt es Hinweise darauf, dass Glyphosat bei den Versuchstieren Missbildungen und andere toxische Effekte verursacht hat. Von Seiten der Industrie und der Behörden werden diese Effekte abgestritten – mit Argumenten, die von Seiten der Wissenschaft stark kritisiert werden.<sup>1</sup> Es ist nicht

<sup>1</sup> Dies war auch schon beim ersten Bewertungsbericht der deutschen Behörden zu Glyphosat (1998) der Fall. Mehr Informationen zu dieser Problematik gibt es bei: Antoniou M, Habib ME, Howard CV, Jennings RC,



verwunderlich, wenn Glyphosat produzierende Unternehmen versuchen, für sie ungünstige Studienergebnisse zu verschleiern. Es ist nicht nachvollziehbar, dass deutsche Behörden den Eindruck erwecken, im Zweifel für die Vermarktung zu entscheiden, statt für das Vorsorgeprinzip.

Laut EU-Verordnung Nr. 1141/2010 soll sich die behördliche Risikobewertung auch auf industrieunabhängige Studien stützen. Die Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesminister, unterstehenden Behörden, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), haben jedoch Studien von unabhängigen wissenschaftlichen Instituten, die auf toxische Effekte von Glyphosat hinweisen, entweder gar nicht in der Bewertung berücksichtigt oder aus fragwürdigen Gründen abqualifiziert. Für die Abqualifizierung als „nicht verlässlich“ werden unter anderem Kriterien (sogenannte Klimisch-Kriterien) herangezogen, die 1997 von BASF-Mitarbeitern entwickelt wurden – und damit von einem Pestizide produzierenden Unternehmen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Behörden Industriestudien als verlässlicher einstufen als unabhängige wissenschaftliche Studien. Denn im Gegensatz zu publizierten wissenschaftlichen Studien, die einem Peer-Review-Verfahren unterzogen wurden, entziehen sich unveröffentlichte Industriestudien einer echten wissenschaftlichen Überprüfung.

Die Publikation „Roundup and birth defects – is the public being kept in the dark?“<sup>2</sup> erläutert wichtige grundsätzliche Kritik an der behördlichen Risikobewertung von Chemikalien. Das BfR hat sich im Juli 2011 in einer Stellungnahme zu dieser Publikation geäußert und eine generelle Diskussion zu den Paradigmen der toxikologischen Risikobewertung eingefordert, noch bevor mit der Neubewertung von Glyphosat begonnen wird. Diese grundsätzliche Diskussion hat jedoch bisher nicht stattgefunden.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, das aktuelle Verfahren der Risikobewertung setzt aus unserer Sicht die Gesundheit von Mensch, Natur und Umwelt fahrlässig aufs Spiel. Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass diese Missstände beseitigt werden.

Setzen Sie sich bitte auf EU-Ebene dafür ein, dass die Paradigmen der behördlichen toxikologischen Risikobewertung grundlegend diskutiert und überarbeitet werden. Dies sollte geschehen, bevor endgültig über die Neuzulassung von Glyphosat entschieden wird. NGOs und unabhängige Wissenschaftler sollten umfassend in diese Diskussion einbezogen werden.

Das BVL entscheidet nach eigenen Angaben zusammen mit Vertretern der EFSA Ende Juli oder Anfang August darüber, ob vor der Entscheidung über die Neuzulassung von Glyphosat ein 6-monatiges Peer-Review-Verfahren durchgeführt wird. Aus unserer Sicht darf auf dieses Peer-Review-Verfahren nicht verzichtet werden. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass ein umfassendes Peer-Review-Verfahren stattfindet, in dem alle vorhandenen wissenschaftlichen Studien zu Glyphosat und Roundup gründlich geprüft und bei dem Wissenschaftler und NGOs beteiligt werden.

Wir bitten Sie, sich für mehr Transparenz bei der Risikobewertung einzusetzen. Alle toxikologisch relevanten Daten, die für den Glyphosat-Zulassungsantrag eingereicht wurden,

---

Leifert C, Nodari RO, Robinson CJ, Fagan J. 2012: Teratogenic Effects of Glyphosate-Based Herbicides: Divergence of Regulatory Decisions from Scientific Evidence; siehe dazu auch Fußnote 2

<sup>2</sup> Antoniou M, Habib M, Howard CV, Jennings RC, Leifert C, Nodari RO, Robinson C, Fagan J., 2011: Roundup and Birth Defects: Is the Public Being Kept in the Dark? Earth Open Source.



müssen öffentlich gemacht werden, damit unabhängige Wissenschaftler die Industriestudien überprüfen können. Für die öffentliche Konsultation zu einem 4.000 Seiten umfassenden Bericht muss außerdem mehr Zeit eingeräumt werden.

Unabhängig vom laufenden Zulassungsprozess zu Glyphosat muss die Einflussnahme der Pestizide produzierenden Unternehmen in Zulassungsprozessen für Chemikalien eingeschränkt werden. Setzen Sie sich bitte auf EU-Ebene dafür ein, dass die Vorgaben für Zulassungsverfahren dahingehend geändert werden. Behörden sollten zukünftig unabhängige Institute mit der Durchführung der notwendigen Tests beauftragen, statt sich auf Studien von Unternehmen zu verlassen, die selbst Pestizide produzieren und deshalb ein hohes finanzielles Eigeninteresse an positiven Ergebnissen haben. Pestizidproduzenten könnten an den Kosten der Zulassung beteiligt werden, indem sie zur Einzahlung in einen unabhängig verwalteten Fonds verpflichtet werden, aus dem die notwendigen Risikountersuchungen finanziert werden.

Bitte nehmen Sie das Vorsorgeprinzip und die beunruhigenden Untersuchungsergebnisse zahlreicher unabhängiger Wissenschaftler über ökologische und humantoxische Effekte von Glyphosat ernst – setzen Sie sich für ein europaweites Verbot von Glyphosat ein. Dabei darf es nicht einfach darum gehen, Glyphosat durch andere chemisch-synthetische Pestizide mit ähnlich problematischen oder noch problematischeren Auswirkungen auszutauschen. Eine verstärkte Förderung nicht-chemischer Alternativen in der Landwirtschaft ist aus unserer Sicht notwendig.

Glyphosathaltige Pestizidprodukte, die als Beistoff POE-Tallowamine enthalten, sind um ein Vielfaches giftiger als der reine Wirkstoff Glyphosat. Das bestätigen auch das BVL und das BfR. Daraus sollten umgehend Konsequenzen gezogen werden, die über den von der Industrie zugesagten Austausch der POE-Tallowamine durch andere Netzmittel auf dem deutschen Markt hinausgehen. Deutschland importiert Lebens- und Futtermittel aus anderen Ländern, in denen der Einsatz von tallowaminhaltigen Glyphosatprodukten verbreitet ist. In einigen dieser Produkte (z.B. Soja, Linsen) treten regelmäßig hohe Rückstände auf. Konsumenten werden vor diesen Rückständen nur unzureichend geschützt: Es gibt zu wenige Kontrollen und sie erfassen nicht die Rückstände von Tallowaminen. Wir brauchen mehr Kontrollen, die auch Rückstände von Pestizid-Beistoffen berücksichtigen. Die deutsche Regierung sollte sich außerdem dafür einsetzen, dass weltweit POE-Tallowamine nicht mehr glyphosathaltigen Mitteln zugesetzt werden dürfen. Der Schutz von Mensch und Umwelt ist auch außerhalb der engen Grenzen Deutschlands ein überaus wichtiges Anliegen.

Die Problematik hoher Beistoff-Toxizität zeigt eindrucksvoll die Notwendigkeit, die Risikoabschätzung im Rahmen der Produktzulassung zu verbessern. Das ganze Produkt, in der Kombination aller Inhaltsstoffe, muss – auch in Langzeitstudien – geprüft werden, um Kombinationswirkungen in Tests erfassen bzw. ausschließen zu können. Zudem müssen die Transparenz verbessert und eine vollständige Deklaration aller Inhaltsstoffe bei Pestizidprodukten zur Pflicht werden. Verbraucher, Nutztiere und Ökosysteme dürfen nicht länger einem unbekanntem Risiko ausgesetzt bleiben.

Glyphosat-Rückstandskontrollen sind aufgrund der Stoffeigenschaft des Wirkstoffs aufwändig und teuer. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Industrie endlich an den Kosten für Anwendungs- und Rückstandskontrollen beteiligt wird. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Bevölkerung die externen Umwelt-, Gesundheits- und Kontrollkosten tragen muss. Vorschläge zur Umsetzung liegen bereits seit längerer Zeit vor.



Glyphosat schädigt die Biodiversität – dies bestätigt auch der Bewertungsbericht der deutschen Behörden. Unabhängig vom Zulassungsverfahren sollten agrarpolitische Konsequenzen daraus gezogen werden. Eine Förderung durch Agrarumweltprogramme sollte mit der Auflage verbunden werden, dass der Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden ausgeschlossen wird. Agrarumweltmaßnahmen mit öffentlichen Geldern zu fördern, verträgt sich unserer Auffassung nach nicht mit dem Einsatz von umweltschädlichen Pestiziden. Bitte setzen Sie sich dafür bei der Agrarministerkonferenz ein.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir bitten Sie: Machen Sie sich dafür stark, dass endlich die Abhängigkeit von Pestiziden gesenkt wird und fördern Sie verstärkt agrarökologische Anbausysteme und nicht-chemische Schädlingsbekämpfungsstrategien. Unterstützen Sie damit eine zukunftsfähige Landwirtschaft, die Mensch und Natur nicht gefährdet.

Wir würden uns über einen Austausch mit Ihnen zu diesem Thema freuen. Gerne erläutern wir Ihnen unsere Kritikpunkte und Reformvorschläge ausführlicher.

Mit freundlichen Grüßen



Projekt-Koordinatorin, Agrar Koordination



Projekt-Koordinatorin, PAN Germany

(im Namen der mitzeichnenden Organisationen)

## Kontakt

Agrar Koordination  
Nernstweg 32; 22765 Hamburg  
Julia Sievers-Langer  
Tel: +49 40 392526  
Julia.Sievers@agrarkoordination.de  
www.agrarkoordination.de



Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN  
Germany)  
Nernstweg 32; 22765 Hamburg  
Susan Haffmans  
Tel: + 49 40 3991910-25  
susan.haffmans@pan-germany.org  
www.pan-germany.org



Bundesvorstand Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL)  
Bahnhofstraße 31  
59065 Hamm  
Bernd Voß  
Tel: 0173/9135092  
dibbern-voss@t-online.de  
www.abl-ev.de



BROT FÜR DIE WELT - Evangelischer  
Entwicklungsdienst  
Caroline-Michaelis-Str. 1  
10115 Berlin  
Dr. Bernhard Walter  
Tel: +49 30 65211-1821  
bernhard.walter@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de



Bund für Umwelt und Naturschutz  
Deutschland e.V. (BUND)  
Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin  
Heike Moldenhauer  
heike.moldenhauer@bund.net  
www.bund.net



Umweltinstitut München e.V.  
Landwehrstr. 64a  
80336 München  
Melanie Eben  
Tel: 089/307749-24  
me@umweltinstitut.org  
www.umweltinstitut.org

